

1^{1/2} Jahre „Beschäftigungsoffensive“ mit „Ein-Euro-Jobs“ in Berlin

Eine Bilanz

Ein Dossier des Vorstandes des Erwerbslosenausschusses von ver.di Berlin

Rund 590.000 Menschen wurden im letzten Jahr in Deutschland in eine so genannte Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung (MAE), einen Ein-Euro-Job, vermittelt. Im Dezember 2005 waren **bundesweit 277.500 Personen „in Arbeitsgelegenheiten“**, die in der Regel auf sechs, teilweise auf neun Monate zeitlich begrenzt sind. Ein-Euro-Jobs wurden eingerichtet in Schulen, Kindertagesstätten und im gesamten **Öffentlichen Dienst**. Weit verbreitet sind die Ein-Euro-Kräfte auch in der **Freien Wohlfahrtspflege**. So haben beispielsweise allein die Einrichtungen der Caritas im ersten Halbjahr 2005 über 16.000 MAEs beantragt und mehr als 11.500 besetzt (vor allem in der Alten- und Behindertenhilfe).

In Berlin hat es der SPD-/PDS-Senat zu verantworten, dass im Februar 2006 **30.451 Ein-Euro-Jobs** in der Stadt existierten. Schätzungsweise sind mehr als die Hälfte davon im Bereich des Öffentlichen Dienstes angesiedelt (ca. 16.000). Statistisch hat derzeit etwa jeder zwölfte ALG-II-Bezieher in Berlin einen Ein-Euro-Job (bundesweit etwa jeder siebzehnte). Berlin liegt damit deutlich über dem Durchschnitt.

Die Arbeitslosenstatistik wird durch die Ein-Euro-Jobs gleich doppelt geschönt: die Erwerbslosen, die in einer MAE stecken, fallen heraus, weil sie eine „Beschäftigung“ haben und die von den Trägern angeforderten, unbesetzten MAE gelten als Offene Stellen. In Berlin sind von gerade mal verbliebenen 24.300 offenen Stellen sage und schreibe 18.100 MAE!

Mit den Ein-Euro-Jobs ist innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten von Hartz IV ein riesiger Bereich von unentgeltlicher und ungeschützter Arbeit entstanden – Arbeit ohne Arbeitsvertrag und Arbeit bar jeglicher Rechte als Arbeitnehmer.

Das Verhältnis von Empfängern von ALG II zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Berlin hat mittlerweile das erschreckende Verhältnis von 440 zu 1000 angenommen. Bedenkt man zudem, dass mit den Minijobs und den Ich-AGs Zehntausende Menschen in Beschäftigungsverhältnissen außerhalb des Bereichs von Regelarbeitsplätzen arbeiten, wird das Ausmaß niedrigstentlohnter und prekärer Arbeitsverhältnisse in Berlin klar. Beschäftigungsgesellschaften (siehe aktuell zum Beispiel Samsung) und der Stellenpool im Öffentlichen Dienst ergänzen dieses Bild einer Stadt, in welcher der Zersetzungprozess regulärer Arbeitsverhältnisse bereits weit fortgeschritten ist.

Wohin soll das führen, wenn nicht politische Entscheidungen getroffen werden, die sich dieser Entwicklung entgegenstellen?

Das „Fördern“ reduziert sich auf Ein-Euro-Jobs

Für Bezieher von Arbeitslosengeld II sind die Ein-Euro-Jobs zur nahezu einzigen Form der „Förderung“ geworden.

Berufliche Weiterbildung und ABM spielen so gut wie keine Rolle mehr:

- Bereits im Juli 2005 machten in Deutschland die Ein-Euro-Jobber mit ca. 199.000 Fällen **ca. 91 Prozent** der „Geförderten im Rechtskreis des SGB II“ aus. Von insgesamt 219.164 Geförderten, waren ca. 4.500 in Arbeitsgelegenheiten mit Entgeltvariante, ca. 4.700 Einstiegsgeldempfänger und ca. 11.000 in sonstigen Fördermaßnahmen, z.B. beruflicher Weiterbildung.
- Die Zahl der ABM/SAM und beruflicher Bildungsmaßnahmen geht zurück. Waren in Berlin im März 2005 von 328.476 Arbeitslosen noch 9.327 in ABM/SAM, so waren es im Februar 2006 von 313.620 Arbeitslosen noch 4.297. Auch die beruflichen Bildungsmaßnahmen und die „direkte Förderung regulärer Beschäftigung“ wurden massiv reduziert. Dagegen erhöhte sich die Zahl der „Arbeitsgelegenheiten“ von 10.469 auf 30.451 im gleichen Zeitraum (März 2005 bis Juni 2006).

Die Konzentration auf die Ein-Euro-Jobs wurde 2004/2005 vom damaligen Wirtschaftsminister Clement vorangetrieben. Da dies offenbar auch politisch gewollt war, liegt es nahe zu vermuten, dass die anderen Fördermaßnahme wohl nicht gewünscht werden – zumal, wenn man erfährt, dass 2005 nicht einmal die Hälfte der im Haushalt 2005 im Rechtsbereich des SGB II eingestellten Fördermittel genutzt wurden. 6,55 Milliarden Euro hätten die ARGen und Optionskommunen dafür ausgeben können, aber nur 3,2 Milliarden wurden tatsächlich verausgabt.

Es wäre kein Einzelfall, wenn erwerbslose ALG-II-EmpfängerInnen heute im „Job-Center“ nach beruflichen Weiterbildungsmöglichkeiten nachfragen und am nächsten Tag einen Brief erhalten, in dem sie aufgefordert werden, sich für einen konkreten Ein-Euro-Job „vorzustellen“...

Wurde das Hartz-IV-Gesetz von seinen Verfechtern nicht damit begründet, dass durch die „Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe“ den ehemaligen Sozialhilfeempfängern nun die Fördermöglichkeiten, die bisher den Leistungsempfängern der Arbeitslosenversicherung bereit stünden, offen stehen würden?

Nicht Zusatzjobs, Verdrängungsjobs!

In den Schulen Berlins wurden die Ein-Euro-Jobs in breitem Umfang installiert. Allein im Bezirk Neukölln sind nach einer Erhebung des Bezirkes aktuell 600 Erwerbslose an 70 Schulen eingesetzt. Das bedeutet, dass hier pro Schule **durchschnittlich acht bis neun Ein-Euro-Jobber** eingesetzt sind.

Dem steht gegenüber, dass an immer mehr Schulen der reguläre Unterricht ausfällt, weil der Personalbestand zu niedrig ist. Auch werden Sportstunden reduziert und Förderunterricht an Schulen schon ganz gestrichen. Klassen werden zusammengelegt, um den Lehrermangel

zu umgehen. Wenn eingestellt wird, dann meist nur befristet für einige Monate. Und – last but not least – ist es mittlerweile kein Einzelfall mehr, dass Ein-Euro-Jobber die Vertretung erkrankter Lehrer übernommen haben.

Im Bezirk Mitte waren um den Jahresanfang 2006 herum 382 Ein-Euro-Jobs im Bereich Schule und Kita bekannt, davon 175 an Schulen und 207 in Kitas. Die Tätigkeiten an den Schulen umfassen: Hausmeisterhelfer, Haushandwerkerhelfer, Handwerklicher Bereich, Bürohilfe, Organisationshilfe, Helfer in der pädagogischen Betreuung, Betreuerhilfe, Bibliothekshelfer, IT und Medienbereich, Betreuer PC-Projekt, zusätzliche Reinigungsarbeiten, Pflege der Grünflächen. Anders gesagt: vom Hausmeisterbereich über das Sekretariat, Schulbibliothek und Computeradministration bis hinein in den pädagogischen Bereich sind alle Stellenbereiche einer Schule betroffen.

In Kindertagesstätten werden die Tätigkeiten dieser Ein-Euro-Kräfte ähnlich umschrieben: Unterstützung bei der Erziehungsarbeit, Kinderbetreuungshilfe, Hauswirtschaftsbereich, Küchenhilfe, Haushandwerkerhelfer, Reinigungshelfer, Organisationshilfe usw.

Die Entscheidungen des Senats hin zur Privatisierung im Bereich der Kindertagesstätten durch Gründung der Kita-Eigenbetriebe und des Übergangs vieler Einrichtungen an freie Träger hat ganz wesentlich dazu beigetragen, dass der Stellenpool innerhalb eines Jahres von 3.100 auf 4.600 im Februar 2006 angestiegen ist (kaum zwei Jahre zuvor, im Mai 2004, hatte es erst mit rund 300 Kolleginnen und Kollegen im Stellenpool begonnen).

Die Tätigkeiten der Kolleginnen und Kollegen, die aus den kommunalen Kitas in den „Überhang“ (den Stellenpool) abgeschoben wurden, sind zum großen Teil genau jene oben genannten Arbeiten, für die heute von Ein-Euro-Jobbern eingesetzt werden – nur versehen mit dem Etikett „Zusätzlich“!

In den Volkshochschulen werden selbst Honorarkräfte durch Ein-Euro-Jobber ersetzt. Auch in diesem Bereich hat der Senat Mittelkürzungen vorgenommen.

Im Bereich Grünpflege, Natur- und Umweltschutz werden ebenfalls massiv MAE-Kräfte eingesetzt. Beim Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf beispielsweise waren Ende 2005 254 Ein-Euro-Jobber im Grünbereich tätig. Bei noch verbliebenen 130 Stammkräften kommen also zwei Ein-Euro-Jobber auf eine Stammkraft. Wenn - wie mit dem Haushalt 2006/2007 geplant – weitere 42 Stellen gestrichen werden, kommen bei angenommen gleichbleibenden MAEs, bereits 3 Ein-Euro-Kräfte auf eine Stammkraft. Im Bezirksamt Reinickendorf waren Ende 2005 ca. 360 MAE-Kräfte in der Grünpflege eingesetzt. Von den dort noch vorhandenen 200 festen Stellen werden in den nächsten zwei Jahren weitere 40 gestrichen.

In Bibliotheken und Museen, in Theatern, in kulturellen Einrichtungen und Initiativen werden Ein-Euro-Kräfte von den Trägergesellschaften ebenso untergebracht. Das gerade auch diese Einrichtungen durch die Politik des Senats gezwungen werden, Leistungen und Personal „einzusparen“, ist kein Geheimnis. Eines der vielen Beispiele brachte der Tagesspiegel am 7.2.06 unter der Überschrift „Fast brotlose Kunst“: Im größten Kinder- und Jugendtheater Deutschlands, dem Theater an der Parkaue in Berlin-Lichtenberg, sind von ehemals 175 Mitarbeitern noch 91 übrig geblieben „und davon sind einige dauerhaft an andere Häuser ausgeliehen.“ Der Intendant sieht die Lage des Theaters so: „Da stößt der Kunstbetrieb an seine Grenzen (...) Da wird jeder Euro diskutiert.“

Hinsichtlich der Ein-Euro-Jobber an diesem Theater wird der Intendant wie folgt indirekt zitiert:

„Ohne die Unterstützung einer Ein-Euro-Kraft könnte beispielsweise niemand das große Kinder- und Jugendtheaterarchiv betreuen, das der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll. Als billige Arbeitskräfte will er die zehn Ein-Euro-Jobber im Theater aber nicht verstanden wissen. Schließlich sei diese Lösung sozialer, als die Arbeit von Praktikanten machen zu lassen.“

„Das Haus werde mit Angeboten von Jobber-Vermittlungen überhäuft“, ergänzt dann noch der Verwaltungsdirektor des Theaters. Eine Erfahrung übrigens, die Kolleginnen und Kollegen der Berliner Bezirksamter nur bestätigen: die Trägergesellschaften von Ein-Euro-Jobs gaben sich gewissermaßen die Klinke in die Hand, als es darum ging, die „Arbeitsgelegenheiten“ zu akquirieren.

Im Tagesspiegel-Artikel heißt es - unter anderem - weiter:

„Die ersten Ein-Euro-Jobber gab es an der Parkaue im November 2004. Die wurden allerdings hauptsächlich in der Bühnentechnik oder der Ankleiderei eingesetzt. Mittlerweile haben Ein-Euro-Jobber das Vorderhaus renoviert und von innen gestrichen, was seit Jahren überfällig war. Seitdem ersetzen sie im Theater den Hausmeister. Und wissen das sie unverzichtbar sind.“

Unverzichtbar! Für die Ein-Euro-Jobber selbst allerdings nur für sechs Monate. Denn dann werden sie gnadenlos abgelöst von der nächsten „6-Monate-Generation“ von Ein-Euro-Jobbern an diesem Theater (oder sollte man lieber sagen: in diesem Theater). Die Erwerbslosen, die dort in „Arbeitsgelegenheiten“ arbeiten, wissen das.

Unverzichtbar? Wurde das Theater selbst – hier nur stellvertretend genannt für all die anderen sozialen und kulturellen Einrichtungen und die Ämter des öffentlichen Dienstes – durch diese Praxis nicht mittlerweile davon abhängig gemacht, auf unbezahlte, prekäre Arbeit angewiesen zu sein?

Senkung der Mittelzuweisungen durch MAEs

Offenbar wird im Berliner Öffentlichen Dienst die Tätigkeit der Ein-Euro-Kräfte in der Kosten- und Leistungsrechnung erfasst. Da keine Lohnkosten verursacht werden, aber die Dienstleistungen durch diese Tätigkeiten „billiger“ gemacht werden, hat das Auswirkungen auf die zukünftige Budgetierung und droht zu einer **Senkung der Mittelzuweisungen** zu führen (im übrigen für alle Dienststellen, da die erbrachten Leistungen in die allgemeine Budgetierung einfließen).

Reduzierte Mittelzuweisungen bedeuten aber wiederum in erster Linie **weiteren Stellenabbau**.

Qualifizierte Kräfte - umsonst!

„Die Einrichtungen haben aber vor allem Interesse an Kräften, denen eigentlich nichts als ein Arbeitsplatz fehlt. (...) Die schlechter Qualifizierten haben auf dem ‚Zusatz-job-Markt‘ schlechte Chancen, es findet eine Selektion zugunsten der Menschen mit gut verwertbarer Arbeitsleistung statt.“

Diese Beobachtung des Vorsitzenden der Dachorganisation katholischer und Caritas-Mitarbeitervertretungen, Günter Däggelmann, bezogen auf den Bereich der Freien Wohlfahrtspflege, machen wir als gewerkschaftlich aktive Erwerbslose tagtäglich in unseren Gesprächen des Ein-Euro-Telefons, unseren Beratungen und unseren Treffen.

Eine Recherche der ver.di-Bundesverwaltung hat ebenfalls ergeben, dass der übergroße Teil der Ein-Euro-Jobber über ein mittleres bis hohes oder sehr hohes

Qualifikationsniveau verfügen. Statt von Qualifizierung in Ein-Euro-Jobs zu reden, muss vielmehr konstatiert werden, dass in Ein-Euro-Jobs bestehende Qualifikationen einfach ausgenutzt werden.

In der Sozialhilfe wurden MAEs als Mittel gesehen, „Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen“ (wie es im Behördendeutsch heißt) zu fördern. Am Anfang von Hartz IV wurden die Ein-Euro-Jobs damit begründet, als Mittel der „Beschäftigung zur Wiedereingewöhnung und/oder zur beruflichen und sozialen Rehabilitation“ zu dienen.

Und heute stellen wir fest: Ungezählte Menschen werden mit ihren Qualifikationen und Fähigkeiten schamlos zu unentgeltlicher Arbeit ausgenutzt - abgespeist mit einem Almosen.

Sind das die „Vorzüge“ der durch Hartz IV bewerkstelligten „Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe“?

Was hier von den interessierten Verfechtern (speziell den Trägern) der Ein-Euro-Jobs unter den Teppich gekehrt wird, spottet jeder Beschreibung. Vom geduldeten Missbrauch durch diese Nutznießer gar nicht zu reden.

Ein-Euro-Jobs statt Berufsausbildung

Die Ein-Euro-Jobs werden nun auch zum Rettungsanker der von Regierung und Wirtschaftsverbänden eingeleiteten „Ausbildungsoffensive“. Die Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden, werden kurzerhand in Ein-Euro-Jobs und Trainingsmaßnahmen gesteckt.

Wie dramatisch die Situation in Berlin ist, zeigt sich beispielsweise darin, dass im Wedding unter den Schulabgängern der Hauptschulen nur jeweils ein oder zwei Schüler pro Klasse einen Ausbildungsplatz erhalten.

Zur gleichen Zeit werden die über Jugendhilfe finanzierten Ausbildungsplätze aufgrund der Sparmaßnahmen in den Bezirken rücksichtslos zusammengestrichen: von vormals 1.300 geförderten Ausbildungsplätzen sind noch 400 geblieben.

Seit 1950 gibt es im Jugendaufbauwerk Berlin Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen! Der Berliner Senat hat beschlossen, das JAW bis zum 31.12.2007 zu schließen. Das bedeutet pro Jahr ca. 500 junge Menschen mehr, die keinen Ausbildungsplatz finden.

Junge Erwachsene, die in ALG-II-Haushalten leben (d.h. deren Eltern ALG-II-Bezieher sind), werden in „Sippenhaft“ genommen, denn sie werden nicht mehr durch die Berufsberatung unterstützt, sondern für sie sind die ARGen mit ihren „U25 Teams“ zuständig. Was die den jungen Menschen anzubieten haben, sind – wir ahnten es schon – Ein-Euro-Jobs.

* * * * *

Die Kürzungsmaßnahmen des SPD-/PDS-Senats (das angeblich notwendige „Sparen bis es quietscht ...“) verleiten viele Schulen, Kitas und Einrichtungen der Öffentlichen Daseinsvorsorge – angesichts des Abbaus von Personal und der Streichungen von Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger – dazu, Auswege in der Einrichtung von Ein-Euro-Jobs zu suchen.

Aber dieser Weg wird keine Lösung bringen – im Gegenteil, die Abwärtsspirale des Abbaus der sozialen Rechte und Errungenschaften der Arbeitnehmer wird dadurch nur beschleunigt.

„Mehr aus Zusatzjobs machen“ ?

Der Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf (PDS) will „Mehr aus Zusatzjobs machen“. So ist sein Artikel überschrieben, der auf der Web-Seite der Senatsverwaltung zu finden ist (seine Vorschläge sind im Dezember 2005 auch in der Frankfurter Rundschau erschienen). Die Ein-Euro-Jobs aus der Schmutzdecke der erzwungenen Beschäftigungsverhältnisse holen und die „Unterstützung in Lohn verwandeln“ – so scheint die frohe Botschaft zu lauten. Mit einem „Mindest-Arbeitgeberbrutto“ von 1.063 EUR (dem Betrag, der für die arbeitslosen Fürsorgeempfänger ohnehin ausgegeben wird, wenn diese noch einer MAE nachgehen) ließe sich doch eine neue Form der öffentlichen Beschäftigung finanzieren.

Eine Mogelpackung! Was Senator Wolf vorschlägt, sind Niedriglohnjobs auf dem Level des ALG II.

Aber damit endet der Vorschlag nicht. Diese neue Art von „Zusatzjobs“ sollen bis zu 15 Monate staatlich voll finanziert werden können und danach noch teilfinanziert werden können, wenn durch die Beschäftigung Eigenmittel (wie Gebühren oder Nutzungsentgelte für die Dienstleistungen) erwirtschaftet werden. Bei Wolfs neuen Beschäftigungen soll in den ersten 12 Monaten auch nicht in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt werden.

Durch die Erwirtschaftung von Eigenmitteln könnten bei Trägern „und Dritten (öffentlichen Haushalten, privaten Vereinen, Einzelpersonen, Privatunternehmen)“ [!] Anreize geschaffen werden, die Beschäftigungen teilweise von der staatlichen Förderung „und den damit verbundenen Reglementierungen“ unabhängig zu machen. In dem Maße, wie dies gelänge, sei auch „eine Verstetigung dieser öffentlich geförderten Beschäftigung als Sektor zwischen Markt und Staat vorstellbar“.

Für uns Erwerbslose läuft Wolfs Vorschlag darauf hinaus, dauerhaft in Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge oder Wohlfahrtspflege in untertarifliche, niedrigst bezahlte Arbeitsverhältnisse gesteckt zu werden, aus denen es kein Entrinnen mehr gibt.

Wolfs „neue Form von öffentlich geförderter Beschäftigung“ bedeutet nichts anderes als die Verstetigung prekärer Beschäftigung mit Armutslöhnen, finanziert aus Steuergeldern und aus der Arbeitslosenversicherung, im Aufgabenbereich öffentlicher Pflicht- und Regeltätigkeiten.

Es war absehbar ...

Vor etwas mehr als einem Jahr hat der Bezirksvorstand von **ver.di** Berlin auf seiner Sitzung vom 28.02.2005 – auf Initiative des Erwerbslosenausschusses von ver.di Berlin – in einer Stellungnahme zu den sog. „Ein-Euro-Jobs“ festgestellt:

„Es ist absehbar, dass mehr und mehr soziale und kommunale Einrichtungen und Behörden, Verbände und Initiativen davon abhängig werden, dass ein Teil des Personals praktisch umsonst arbeitet.“

Es ist ebenso absehbar, dass – entgegen allen Beteuerungen – direkt oder indirekt normale, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verdrängt werden, das gesamte tarifliche Lohn- und Gehaltsgefüge unter massiven Druck gesetzt wird und mittelständische Existenzen bedroht werden.“

Gibt es irgendetwas davon zurückzunehmen, zu revidieren? Nein! Diese „Prognosen“ haben sich vollkommen bestätigt.

Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben wir von Anfang an davor gewarnt, dass die Ein-Euro-Jobs dazu führen werden, reguläre Beschäftigung zu ersetzen. Heute haben wir die Tatsachen auf dem Tisch, die zeigen, dass genau das eingetreten ist.

Der **DGB** in Berlin hat zurecht und aus gutem Grunde die Positivliste nicht unterschrieben, die der Wirtschaftssenator gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, der Vereinigung der Unternehmerverbände in Berlin und Brandenburg e.V. und der Regionaldirektion der Bundesanstalt für Arbeit beschlossen haben, um die „zusätzlichen“ Tätigkeitsfelder für Ein-Euro-Jobs zu legitimieren. Jetzt soll sie so „nachgebessert“ werden, dass sie möglichst niemand mehr behindert, Ein-Euro-Jobs einzurichten. Insbesondere im handwerklichen Bereich liegen die Begehrlichkeiten.

Der **Hauptpersonalrat** des Landes Berlin hat seit Beginn der Forcierung der Ein-Euro-Jobs in Berlin gefordert, dass reguläre Normalarbeitsverhältnisse statt Ein-Euro-Jobs im Öffentlichen Dienst benötigt werden. Auf Pressekonferenzen und in Veröffentlichungen wurden zahllose Fälle benannt, die zeigen, dass in den Bezirksämtern, Kindertagesstätten und Schulen im Grunde die gleichen Tätigkeiten von Ein-Euro-Kräften ausgeübt werden, die zuvor von Mitarbeitern ausgefüllt wurden, deren Stellen für überflüssig erklärt und abgebaut wurden.

Die **Unterschriftensammlung** „Geregelte Normalarbeitsverhältnisse statt Ein-Euro-Jobs“, die im Dezember 2005 initiiert und vom Erwerbslosenausschuss ver.di Berlin getragen wird, stieß innerhalb kürzester Zeit auf ein breites Echo unter erwerbslosen wie beschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Diese Erklärung wendet sich an die Verantwortlichen in dieser Stadt, an die Mitglieder der SPD und der PDS im Abgeordnetenhaus und im Senat, für dieses Ziel die notwendigen politischen Entscheidungen zu treffen.

Ja, andere politische Entscheidungen sind notwendig ...

Doch der SPD-/PDS-Senat hat bis heute eine Politik zu verantworten, die unbeirrt der Agenda 2010 gefolgt ist und die Hartz-Gesetze in Berlin umsetzt: Der Senat bietet Erwerbslosen als einzige „Perspektive“ Ein-Euro-Jobs und diese sollen damit auch noch die Lücken stopfen, die - durch seine Haushaltskürzungen - die fehlenden Stellen der inzwischen zu Tausenden entlassenen Kolleginnen und Kollegen und die - durch seine Streichungen - die abgebauten sozialen und kulturellen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger gerissen haben.

Dieser Senat hat den Verkauf kommunaler Wohnungen an „Heuschrecken“-Investoren bewerkstelligt, die Privatisierung der Kitas in Eigenbetriebe vorangetrieben, die Charité

als öffentliches Krankenhaus infrage gestellt und mit Tariffucht und Absenkungstarifverträgen eine Vorreiterrolle bei der Aushöhlung der Flächentarifverträge gespielt.

Dafür haben die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer SPD und PDS **nicht** gewählt!

Soll das alles einfach so weiter gehen?

Berlin steht vor der Wahl.

Brauchen wir nicht Kandidaten, die den Forderungen der breiten Bevölkerungsmehrheiten eine Stimme geben, die sich einsetzen für die Interessen und Forderungen der arbeitenden und erwerbslosen Menschen in dieser Stadt.

Wir schlagen deshalb vor, im Vorfeld der kommenden **Abgeordnetenhauswahlen im September 2006** von den Kandidaten zu verlangen, ihr Mandat, das sie von den breiten Bevölkerungsmehrheiten erhalten, einzusetzen für die Verteidigung und Wiederherstellung der sozialen Rechte und Errungenschaften, welche die Arbeitnehmer mit ihren Organisationen seit über einem Jahrhundert erkämpft haben.

Und das heißt für uns hier und heute in Berlin:

- Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in geregelte sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte Normalarbeitsverhältnisse.
- Kein Arbeitsplatz im Öffentlichen Dienst darf mehr abgebaut werden.
- Keine weitere Privatisierung. Rekommunalisierung der Wasserbetriebe.
- Erhalt des Gesundheitswesens als öffentliche Aufgabe. Erhalt der Charité ohne Personalabbau, Ausgründungen oder Privatisierung.
- Bezahlbare Fahrscheine im öffentlichen Nahverkehr für Erwerbslose und bedürftige Menschen.
- Kein weiterer Ausverkauf des kommunalen Wohnungsbestandes. Keine Aufforderung zum Umzug, Aussetzung der AV Wohnen.

Wir meinen, darüber, dass diese Forderungen zur Grundlage der Politik der Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats der Stadt Berlin werden, sollte eine breite Diskussion in den Gewerkschaften, unter den Personal- und Betriebsräten, bei den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten in den Betrieben, in den Erwerbsloseninitiativen, in den politischen (Wahl-)Versammlungen der SPD, der Linkspartei.PDS, der WASG geführt werden.

Berlin, im März 2006